



Dienstag, 26. Mai 2026

Bürgermeister
Jörg Pieper
und an die Fraktionssprecher/innen
mit der Bitte um Weiterleitung an
die Ratsmitglieder

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Schulsituation

(Bezug zur Presserklärung des Landkreises vom 20.05.2026 und Bericht der NWZ vom 23. Mai 2026)

Sehr geehrte Herr Bürgermeister Jörg Pieper,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat der Gemeinde Wiefelstede,

grundsätzlich begrüßt die SPD-Fraktion die Bemühungen der verschiedenen Verantwortlichen zur „Entspannung der Diskussion“ um die Aufnahme Wiefelsteder Schülerinnen und Schüler an auswärtigen Schulen, insbesondere an der KGS Rastede – aber auch am Gymnasium in Bad Zwischenahn und anderen Schulen für das Schuljahr 2026/2027.

Gleichwohl: Eine Lösung ist aktuell nicht in Sicht.

Auch in der Pressemitteilung von Landrätin Karin Harms wird lediglich versucht, für das kommende Schuljahr „den Druck vom Kessel“ zu bekommen. Dabei erfolgt letztlich weder eine eindeutige Klarstellung, noch werden Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt.

Vielmehr bleiben Unklarheiten: Einerseits wird die schulgesetzliche Zuständigkeit des Schulträgers (hier: Gemeinde Rastede / KGS) für die „eigenen“ Schülerinnen und Schüler bestätigt – andererseits soll es aber eine Verpflichtung zur Aufnahme auswärtiger (hier: Wiefelsteder) Schülerinnen und Schüler geben. Wie soll das gelingen, wenn die Schule bereits jetzt ihre Kapazitätsgrenze überschritten hat und Wanderklassen zum „Normalfall“ gehören? Und: Gibt der noch bis Jahresende 2026 gültige Schulvertrag mit der Gemeinde Rastede diese Verpflichtung wirklich her?

Allein die Ausweitung der KGS auf eine 13-Zügigkeit kann aus pädagogischer / organisatorischer Sicht keine zufriedenstellende Lösung sein. Bereits jetzt ist die KGS Rastede mit rund 2.100 Schülerinnen und Schülern und ca. 190 Lehrkräften die größte KGS in Niedersachsen! Nicht vergessen werden darf, dass bei einer Ausweitung der Zügigkeit zum kommenden Schuljahr auch eine Verpflichtung bis 2035 - für 9 Schuljahre (Klasse 5 bis 13 zum Abitur) - eingegangen werden muss.

Auch wenn seitens des Landkreises ausgeführt wird, dass die KGS verpflichtet sei, die Wiefelsteder Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, und dies von der Landesschulbehörde und dem Kultusministerium gestützt werde: Von einer Kapazitätsgrenze fehlt jeder Hinweis und erstaunlich ist, dass damit außerdem rechtliche Vorgaben bezüglich der Zügigkeit unberücksichtigt blieben. Ist dies wirklich realistisch?

Jeder Schulträger (also jede Gemeinde im Ammerland) kommt doch hinsichtlich des Bildungsauftrages zunächst der Verpflichtung für die „eigenen“ Mädchen und Jungen nach. Ist das Argument „früher hatte die KGS auch 11 oder 12 (manchmal sogar 13) Klassen pro Jahrgang noch tragbar? Auch Schule hat sich verändert, pädagogisch wie auch inhaltlich gibt es neue Qualitätsanforderungen „an Schule“! Der Hinweis, „das haben wir immer so gemacht“ ist wenig hilfreich.



Die Situation ist verfahren, diese Erkenntnis hat sich durchgesetzt. Aber es reicht nicht aus, die Eltern mit Aussagen zu beruhigen, die letztlich wohl nicht belastbar sind, denn die Fakten wurden im Urteil des OVG Niedersachsen vom 18.12.2008 (Az.: 2 ME 569/08) zur Zügigkeit und Rechtsverbindlichkeit festgehalten und in den Folgejahren bestätigt.

Für die Wiefelsteder Schülerinnen und Schüler scheint die Aufnahme an den „Weiterführenden Schulen“ nur möglich zu sein, wenn alle (KGS, Gymnasium Bad Zwischenahn, OBS Wiefelstede mit ihrem gymnasialen Angebot und ggf. andere Schulen – und wichtig: die Elternvertretungen) verantwortlich eingebunden werden können. Die SPD-Fraktion wird alle Bemühungen, die zu einem positiven Ergebnis führen, gerne unterstützen.

Allein mit der Weitergabe von zwei Schulcontainern – und dies auch noch (stillos!) ohne Absprache mit der Schulleitung / Elternvertretung der Grundschule Metjendorf – ist nicht zielführend.

Es wird höchste Zeit umgehend eine Schulentwicklung zu betreiben, die den Ansprüchen der Kinder und Eltern gerecht wird. Jetzt fällt der Gemeinde Wiefelstede „auf die Füße“, was über (zu) viele Jahre versäumt wurde, nämlich den Anträgen der SPD-Fraktion (und auch der Grünen) zu folgen und für ein „komplettes“ Schulangebot einzutreten.

Als in die Zukunft weisende Schulform für unserer Gemeinde kommt aus Sicht der SPD-Fraktion eine Integrierte Gesamtschule (IGS) in Frage, als „Angebotsschule“ ist sie offen für die Anmeldungen auch aus unseren Nachbargemeinden – gleichzeitig bleibt der Elternwille unangetastet. Eine Machbarkeitsstudie, die die SPD bereits hat erarbeiten lassen, bestätigt diese Auffassung.

Als 2011 der damalige Kultusminister Bernd Althusmann in Wiefelstede weilte, wurde nachgefragt, ob in dem in der Novellierung befindlichen Schulgesetz auch eine Oberstufe an Oberschulen möglich werde, wurde dies vom Minister bejaht!

Diese Aussage führte dazu, dass die SPD-Ratsfraktion der Einrichtung einer Oberschule mit gymnasialem Angebot zugestimmt hatte. Als das überarbeitete Schulgesetz dann veröffentlicht wurde, fehlte die zugesagte Möglichkeit, auch an der Oberschule mit gymnasialem Angebot eine Oberstufe einzurichten.

Diese Unaufrichtigkeit des damaligen CDU-Kultusministers hat bis heute seine negativen Auswirkungen.

Jörg Weden